

Schulbehörden: Heftige Kritik von Eltern

Mehr Rechte für Eltern gegen schlechte und ungerechte Lehrer fordern auf Bundesebene nun Elternvertreter der höheren Schulen. Bei einem Pressegespräch in Salzburg äußerte man heftige Kritik an Methoden von Schulbehörden und der Rechtslage.

Aktueller Anlass ist ein Fall am Bundesgymnasium in Seekirchen (Flachgau). Dort hatten - wie ausführlich berichtet - zwei Lehrer einen Vater nach dessen Kritik gegenüber den Schulbehörden auf Landes- und Bundesebene und einer Dienstaufsichtsbeschwerde gerichtlich geklagt - wegen Kreditschädigung.

Dem betroffenen Vater, der nun seinen Namen in Medien nicht genannt haben will, flatterten die Klagen beider Lehrer ins Haus: „Es geht hier um Klagsummen jenseits der 20.000 Euro. Mit solchen Methoden wird versucht, Eltern mundtot zu machen und einzuschüchtern.“



Foto/Grafik: ORF

Das friedliche Miteinander ist nicht immer leicht im Leistungsstress unserer Zeit

Dunkelziffer: Angst vor „Rache“ an Kindern

Bundesweit kein Einzelfall, sagt Bundes-Elternvertreter Theodor Saverschel, obwohl die Dunkelziffer enorm sein dürfte. Viele Eltern würden aus Angst vor „Rache“ oder Benachteiligung ihrer Kinder an Schulen vor Beschwerden zurückschrecken.

Elternvertreter Saverschel kritisiert, dass Eltern kaum Möglichkeiten hätten, um gegen schlechte und ungerechte Lehrer vorzugehen: „Die Eltern können bisher die Dienstaufsichtsbeschwerde nutzen. Es gibt keine gesetzliche Pflicht der Behörde, dieser Beschwerde nachzugehen. Es besteht auch keine Akteneinsicht für Eltern und Kritiker. Eine solche Beschwerde ist aus unserer Sicht bisher fristlos und fruchtlos.“

Wer schützt Lehrer vor unfairer Kritik?

Und wer schützt Lehrer vor Eltern, die zunehmend Druck ausüben und laut Schulbehörden auch immer öfter Lehrer mit Klagsdrohungen unter Druck setzen?

Der ehemalige Salzburger AHS-Lehrer Wolfgang Sonntagbauer unterstützt die Forderungen der Bundes-Elternvertreter: „Das Problem lästiger Eltern gibt es häufig. Es wäre Aufgabe der Schulbehörden, zwischen berechtigter und unberechtigter Kritik zu unterscheiden. Dem kann sich die Behörde aber künftig nicht mehr entziehen. Der Schaden für die gesamte Lehrerschaft ist immens. Warum schützt die Behörde nicht auch die Lehrer vor solchen schwarzen Schafen, die Eltern für Kritik verklagen.“

Reformen der Schulbehörden gefordert

Die Elternvertreter auf Bundesebene fordern, dass Dienstaufsichtsbeschwerden von Eltern gegen Lehrer verpflichtend zu einer Untersuchung, genauen Kontrolle des Lehrers und seiner Unterrichtsqualität führen müssten. Weiters sollten Dienstaufsichtsbeschwerden keinesfalls als Grundlage für Klagen gegen kritische Eltern herangezogen werden dürfen.

Elternvertreter gespalten

Die Elternvertreter auf Salzburger Landesebene haben sich am Freitag von den Aussagen der Elternvertreter auf Bundesebene distanziert. Sie stellen sich nicht auf die Seite des betroffenen Vaters, sondern auf jene der klagenden Lehrer.

Salzburgs Landeselternvertreterin Heidrun Eibl-Göschl sagt, sie sei in „keinster Weise“ damit einverstanden, dass bei einem Pressegespräch so an die Öffentlichkeit gegangen werde: „Es handelt sich hier um eine privatrechtliche Klage zwischen Lehrern und betroffenen Eltern und hat ursächlich nichts mit der Schule, Dienstaufsichtsbeschwerden und dergleichen zu tun. Die Entscheidung ist getroffen worden, weil sich Lehrer durch Aussagen eines Vaters angegriffen gefühlt haben.“

Wie weit das akzeptiert werden kann oder nicht, habe das Gericht zu klären, betont Eibl-Göschl: „Ich habe die Möglichkeit bekommen, gewisse Passagen aus dem Schriftverkehr ans Ministerium zu sehen, und da muss ich sagen, dass das weit unter der Gürtellinie ist.“

Lehrgewerkschaft fordert mehr Unterstützung

Die Forderung nach mehr Unterstützung für die Lehrer durch den Landesschulrat in Konflikten mit Eltern kommt von der Salzburger Lehrgewerkschaft.

Dietmar Schneidergruber von der Lehrgewerkschaft hat in 30 Jahren an der Schule schon viele Einschüchterungsversuche von Eltern erlebt: „Das geht bis hin zu Mobbingvorwürfen. Oder Eltern gehen zum Landesschulrat und behaupten beispielsweise, dass die anderen Kinder alle eine Schularbeit gehabt hätten, nur die eigene Tochter hat sie nicht bekommen. Für solche Unterstellungen muss sich der Lehrer dann auch noch beim Landesschulrat rechtfertigen und vielleicht auch noch den Gegenbeweis antreten.“

Die Eltern seien im Lauf der Zeit „rechtsbewusster“ geworden, sagt Schneidergruber. Gerade an Schnittstellen, wie zum Ende der Volksschule oder der vierten Klasse Gymnasium, komme es oft vor, dass Eltern Lehrer unter Druck setzen: "Das wird auch mit Drohungen versucht. Ich habe einmal erlebt, dass versucht wurde, eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen eine Lehrerin zu machen, weil ein Kind in einem Fach - es war Handarbeiten - ein „Genügend“ bekommen hat und es in der zukünftigen Schule um den Notenschnitt ging.“

Dass sich Lehrer gegen Eltern mit Klagen wehren, ist für den Lehrgewerkschafter ein Ausdruck dessen, dass sie sich vom Dienstgeber nicht vertreten fühlen.

Landesschulrat weist Vorwurf zurück

Landesschulratspräsident Herbert Gimpl weist den Vorwurf, zu wenig hinter den Lehrern zu stehen, allerdings zurück. Im Fall Seekirchen sei alles unternommen worden, zu einer gütlichen Einigung mit dem Vater zu kommen. Leider vergeblich, bedauert Gimpl und stellt klar, dass sich seine Behörde in dieser Sache nichts zu Schulden kommen lassen habe.

Link:

- [Lehrer klagen Eltern eines Schülers](http://salzburg.orf.at/news/stories/2586408/) (salzburg.ORF.at; 29.05.2013)

Publiziert am 21.06.2013